



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 66. Ratssitzung vom 8. November 2023

2455. 2023/259

**Weisung vom 31.05.2023:**

**Postulat der SP- und Grüne-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Verbot von Einwegplastik durch Anpassung der rechtlichen Grundlagen und Postulat von Anjushka Früh und Simone Brander betreffend Anpassung der städtischen Beschaffungsrichtlinien hinsichtlich eines Verzichts von Einwegplastikprodukten, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Das Postulat GR Nr. 2019/335, von den Fraktionen SP, Grüne und der Parlamentsgruppe EVP vom 10. Juli 2019 betreffend «Verbot von Einwegplastik durch Anpassung der rechtlichen Grundlagen» wird als erledigt abgeschrieben.
2. Das Postulat GR Nr. 2019/559, von Anjushka Früh (SP) und Simone Brander (SP) vom 18. Dezember 2019 betreffend «Anpassung der städtischen Beschaffungsrichtlinien hinsichtlich eines Verzichts von Einwegplastikprodukten» wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat Dispositivziffer 1 / Kommissionminderheit Dispositivziffer 2:

**Pascal Lamprecht (SP):** *In der Schweiz werden pro Person zirka 100 Kilogramm Plastik-Abfall pro Jahr produziert. Das ist dreimal mehr als im europäischen Durchschnitt. Zehn Prozent unseres Abfalls ist Plastik. Rund die Hälfte davon ist recycelbar. Es ist vielleicht nicht das drängendste Problem im Klima- und Umweltschutz, jedoch ein wesentliches. Es gibt grundsätzlich zwei Hebel zur Reduktion von Plastik: Einerseits weniger verwenden, andererseits müssen wir die Recycling-Quote erhöhen. Dementsprechend reichten wir zwei Vorstösse ein. Wir fordern ein Verbot oder eine Gebühr für Einwegplastik und andererseits wollen wir, dass die Beschaffungsrichtlinien angepasst werden. Die Antworten in der Weisung, die wir in der Kommission lange diskutierten, kreisen um drei Themenbereiche: Wie ordnen wir die Problematik ein? Was sind die rechtlichen Rahmenbedingungen? Was kann die Stadt dagegen tun oder was tut sie bereits? Plastik spielt bei der Ernährung eine weniger relevante Rolle als die Herstellungsart. Die Umweltbelastung muss anhand des gesamten Lebenszyklus beurteilt werden. Dazu gehören die Logistik, die Waschwege bei Einwegplastik, der Düngemittelleinsatz bei Biokunststoffen, der Wasserverbrauch, der Energieverbrauch und so weiter. Ein Beispiel ist die Haltbarkeit der Lebensmittel. Um «Food Waste» zu verhindern, kann eine dünne Plastikfolie für eine längere Haltbarkeit verwendet werden. In der Kommission hörten wir die Faustregel, dass das Gewicht entscheidend sei und nicht das Material. Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen. Ein Verbot würde gemäss Weisung gegen übergeordnetes Recht verstossen, insbesondere die Wirtschaftsfreiheit und das Binnenmarktgesetz. Das*



2 / 3

*gilt auch für eine Gebühr als Lenkungsabgabe. Auf öffentlichem Grund wäre ein sehr eingeschränktes Einweg-Verbot möglich. Insgesamt bleibt der Handlungsrahmen aus rechtlicher Sicht eingeschränkt. Was macht die Stadt bereits? Bei Veranstaltungen gibt es strenge Auflagen bezüglich Abfallkonzepten. Die Richtlinien bei öffentlichen Beschaffungen werden bis Ende 2023 überarbeitet; ein möglichst hoher Anteil an erneuerbaren Energien und Rohstoffen soll erreicht werden. Bei der Dispositivziffer 2 ist die SP in der Minderheit. Wir befinden uns auf einem guten Weg, aber weil die Beschaffungsrichtlinien noch nicht vorliegen, sind wir gegen die Abschreibung des Postulats.*

Kommissionsmehrheit Dispositivziffer 2

**David Ondraschek (Die Mitte):** *Wir sind für eine Abschreibung des Postulats, weil wir davon ausgehen, dass die Umsetzung genügend vorangeschritten ist.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Tiba Ponnuthurai (SP) i. V. von Pascal Lamprecht (SP), Referat; Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Monika Bättschmann (Grüne) i. V. von Julia Hofstetter (Grüne), Moritz Bögli (AL), Flurin Capaul (FDP) i. V. von Thomas Hofstetter (FDP), Nadina Diday (SP), Patrick Hässig (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Dafi Muharemi (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Monika Bättschmann (Grüne) i. V. von Julia Hofstetter (Grüne), Referat; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Moritz Bögli (AL), Flurin Capaul (FDP) i. V. von Thomas Hofstetter (FDP), Patrick Hässig (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)  
Minderheit: Tiba Ponnuthurai (SP) i. V. von Pascal Lamprecht (SP), Referat; Marion Schmid (SP), Präsidium; Nadina Diday (SP), Dafi Muharemi (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



3 / 3

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Das Postulat GR Nr. 2019/335, von den Fraktionen SP, Grüne und der Parlamentsgruppe EVP vom 10. Juli 2019 betreffend «Verbot von Einwegplastik durch Anpassung der rechtlichen Grundlagen» wird als erledigt abgeschrieben.
2. Das Postulat GR Nr. 2019/559, von Anjushka Früh (SP) und Simone Brander (SP) vom 18. Dezember 2019 betreffend «Anpassung der städtischen Beschaffungsrichtlinien hinsichtlich eines Verzichts von Einwegplastikprodukten» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. November 2023

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat